

Leitbild

einer nachhaltigen und klimagerechten Hochschule

Das NaStipG

mehr als nur ein Schritt in die falsche Richtung

Datenschutz

Immer die Kontrolle behalten

Zeitung von CampusGrün Hamburg - der Grünen Hochschulgruppe

Sommersemester 2010

Campusgrün

WWW.CAMPUSGRUEN.ORG



Liebe KommilitonInnen,

bereits zum zweiten Mal erscheint im Sommersemester diese Zeitung, in welcher CampusGrün Hamburg gemeinsam mit dem CampusGrün Bundesverband lokale und bundesweite Themen und Standpunkte aufbereitet. Kontinuierlich arbeiten wir mit PartnerInnen daran, dass grüne Themen stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung geraten und ein Umdenken in Gesellschaft und Hochschule erfolgt.

In der vorliegenden Ausgabe wollen wir den Leitartikel der immer stärkeren Digitalisierung des Alltags und ihren Folgen für den Datenschutz widmen. Dieses Thema werden wir in Hinblick auf Universitäten in unserer Zeitung erschließen.

Es sind Beiträge weiterhin zum Umwelt- und Klimaschutz enthalten. Einerseits legen wir ein Schlaglicht auf die Klimakonferenz in Kopenhagen und andererseits wird Nachhaltigkeit in der Universität ins Zentrum gerückt.

Mit dem Bildungsstreik im letzten Jahr und den Audimax Besetzungen haben Studierende erneut zum Ausdruck gebracht, dass Studienbedingungen und Studienstrukturen in der jetzigen Form oftmals nicht tragbar sind. Daher wird dieser Protest noch einmal reflektiert. Wurden letztes Jahr in Politik und Gesellschaft die Ohren und Herzen für unsere Sache geöffnet, heißt es dieses Jahr am Ball zu bleiben und Taten folgen zu lassen! Unsere Position ist dabei klar: Das Studium muss sich an den Studierenden orientieren.

Hamburg hat einen neuen Universitätspräsidenten: Dieter Lenzen. Er übernimmt die Leitung einer Universität, dessen innere Organisation und Kompetenzverteilung im Hamburger Hochschulgesetz neu geregelt werden soll. Diesem komplexen Thema hat sich CampusGrün Hamburg angenommen und leicht verständlich aufbereitet.

Zum Abschluss wollen wir auf einen Artikel über die Hamburger Schulreform aufmerksam machen. Die schwarz-grüne Regierung in Hamburg hat in der Bürgerschaft ein Gesetz eingebracht, welches das Schulsystem in Hamburg auf neue Füße stellt und wogegen sich Widerstand formiert hat. Wir wollen dies zum Anlass nehmen auf die Reform eine vergleichende Perspektive einzunehmen und die Bedeutung für die Universität zu skizzieren.

Es bleibt uns noch viel Spaß bei der Lektüre zu wünschen.

CampusGrün Hamburg



Grüne Hochschulpolitik heißt:

- gute Lehre, flexibles Studium
- umfassende Studienfinanzierung
- ein gebührenfreies Studium
- Datenschutz
- Diskriminierungsfreiheit
- eine gute soziale Infrastruktur
- Bio-Essen in der Mensa
- Ökologisches Leben
- und vieles mehr...

Eine gute Hochschulpolitik ist GRÜN

DATENSCHUTZ - IMMER DIE KONTROLLE BEHALTEN

von Arne Köhn

Mit der zunehmenden Digitalisierung unserer Gesellschaft und somit auch der Hochschulen hat die Menge der gespeicherten Daten drastisch zugenommen. Große Teile des Studiums werden digital verwaltet. Diese Digitalisierung fällt mit der Einführung der Ba/Ma-Studiengänge zusammen, welche einen erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich bringen. Im Zuge dieser Reform wird den Studierenden zum Teil nicht mehr zugetraut, dass sie an der Uni etwas lernen möchten und deshalb der "Lernfortschritt" immer klein-

teiler überprüft wird. Dies wird durch zentral vorliegende Daten deutlich erleichtert.

So werden Anwesenheitslisten für alle möglichen Veranstaltungen geführt und zum Teil zentral in Campus-Management-Systemen (CampusNet, HIS-Software, SAP etc.) gespeichert. Mit diesen Daten an einem zentralen Ort ist es möglich, auch noch nach Jahren z.B. ein Uni-Bewegungsprofil zu erstellen.

Für viele Bachelorstudiengänge sind zudem bei krankheitsbedingter Abwesenheit von Prüfungen qualifizierte Atteste notwendig. Hier müssen die ÄrztInnen nicht einfach bescheinigen, dass

man prüfungsunfähig war, sondern die Auswirkungen der Krankheit beschreiben. Die Hochschule entscheidet dann, ob man wirklich krank genug war. Hier wird also nicht mehr nur den Studierenden, sondern sogar ihren ÄrztInnen vertraut! Wenn das Misstrauen so weit geht, sollten sich die Universitäten überlegen, ÄrztInnen anders auszubilden. An der Uni Hamburg klingt die Regelung für WiWi-Bachelor-Studierende so: "[Ein qualifiziertes Attest] muss Angaben enthalten, über die von der Erkrankung ausgehende körperliche bzw. psychische Funktionsstörung [...] sowie der ärztlichen Prognose über die Dauer der Erkrankung."

Die Konsequenz ist, dass in den Akten der Studierenden ihre medizinische Behandlungen, Krankheiten und Fehlzeiten auftauchen. Dies ist besonders problematisch, da die Hochschule oder auch ProfessorInnen aus dem Prüfungsausschuss später potentielle ArbeitgeberInnen sind.

Die Universitäten müssen transparent machen, welche Daten über Studierende gespeichert werden und Informationen im Zweifel erst gar nicht erheben. Datensparsamkeit ist besser als Datenschutz, da man nicht anfallende Daten auch nicht schützen muss. Es gilt, selber die Kontrolle über die eigenen Daten zu behalten.

SCHULREFORM IN HAMBURG UND IHRE BEDEUTUNG FÜR UNIVERSITÄT

von Ingo Balzereit

Die angestrebte Schulreform in Hamburg stößt auf Widerstand. Die Initiative „Wir wollen lernen!“ veranlasste ein erfolgreiches Volksbegehren gegen die Reformpläne der schwarz-grünen Regierung. Bevor es zu einem rechtsverbindlichen Volksentscheid in der Hansestadt kommt, wollten Regierung und Initiative sich um eine Kompromisslösung bemühen. Doch Anfang Februar scheiterte die sechste Verhandlungsrunde an dem Widerstand der Initiative. Beide Seiten bereiten sich Ende Februar auf den Volksentscheid vor und werben für ihre Position. Es wird in diesem Sommer in der Hansestadt um nichts weniger als eine Richtungsentscheidung in der schulischen Bildung gehen.

In der bisherigen Praxis werden SchülerInnen in Hamburg nach der vierten Klasse in drei unterschiedliche Schulformen aufgeteilt. Der Abschluss auf einer Hauptschule, Realschule oder dem Gymnasium bestimmt in den meisten Fällen den weiteren Lebensweg der Jugendlichen. Die Empfehlungen der KlassenlehrerInnen nach der vierten Klasse sind

unverbindlich. Durch das Elternwahlrecht konnten SchülerInnen auch für sie nicht empfohlene Schulformen besuchen. Die Zeugniskonferenz am Ende der sechsten Klasse bestimmte unter Einbezug der Eltern, ob die Schulform gegebenenfalls verlassen werden musste.

Die Schulreform in Hamburg sieht vor, dass unter dem Schlagwort „längeres gemeinsames Lernen“ die Grundschule zur Primarschule wird, somit SchülerInnen gemeinsam bis zur sechsten Klasse im Klassenverband verbleiben. Erst danach entscheidet sich der weitere Schulbesuch entweder mit dem Verbleib auf einer Stadtteilschule oder dem Wechsel zum Gymnasium. Umstritten ist dabei die Verbindlichkeit der Empfehlung der KlassenlehrerInnen. In beiden Schulformen ist das Abitur entweder in sieben oder sechs Jahren möglich. In beiden Schulformen können SchülerInnen mit den Abschlüssen der Hauptschule oder der Realschule bereits vorher die Schule verlassen. Sowohl das Sitzenbleiben als auch das Abschieben wird nach den Reformplänen nicht möglich sein.

„Omnes omnia omnino docere!“ „Alle alles ganz zu lehren“, diesem alten Wort Johann Amos Comenius (1592-1670)

wird mit der Reform neuen Aufwind gegeben. Lautete die dominante Kritik seit PISA am deutschen Bildungssystem, dass der schulische Erfolg insbesondere von der sozialen Herkunft des Elternhauses abhängig ist, wird mit der Reform der Schulstruktur diesem Problem entgegen gewirkt. Zudem geht die Strukturreform Hand in Hand mit einer inhaltlichen Reform, die bei der Qualität des Unterrichts ansetzt. Individuelle Rückmeldungen über den Leistungsstand der SchülerInnen, das Unterrichten in Teams, vielfältiger Angebote, kleinere Klassen und jahrgangübergreifendes Lernen sind einige der Merkmale der Reform.

Im Kern steht der Gedanke einer größeren Bildungsgerechtigkeit. Das längere gemeinsame Lernen in der Primarschule soll den Kindern und Jugendlichen mehr Raum für ihre persönliche Entfaltung eröffnen und die Stadtteilschule nicht die Möglichkeit des Abiturs verwehren. Es ist daher zu hoffen, dass individuelle Potenziale besser erkannt und ausgebaut werden. Das heißt, dass mehr Jugendliche einen Lebensweg finden und einschlagen, in dem sie sich verantwortungsvoll selbst verwirklichen können und das heißt auch, dass mehr Jugendliche mit dem Abitur die Schule abschließen können.

Universitäten müssen auf das Ziel

hinwirken, größere Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Es ist damit zu rechnen, dass weit mehr Kapazitäten als bisher benötigt werden. Es gilt nicht nur ausreichend Angebote für AbiturientInnen zu schaffen, sondern sich auch für jene stärker zu öffnen, die ohne das Abitur die Schule abgeschlossen haben. Tatsächlich schrecken Gebühren und die hohen Kosten für die Lebenshaltung viele vor der Aufnahme eines Studiums ab. Unflexible Studienstrukturen verschärfen das Problem. Und tatsächlich sind sie Zahlen der Studierenden in der Universität Hamburg in den letzten Jahren rückläufig. Größere Bildungsgerechtigkeit kann nur entstehen, wenn diese Hemmnisse abgebaut werden. Denn was mit der Schulreform in Hamburg eingeleitet werden soll, muss sich auch in der Universität fortsetzen. Die Einrichtung muss dem Individuum Möglichkeit und Gelegenheit geben, eigene Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entdecken und verantwortungsvoll zu entwickeln.

Zudem haben sich Anforderungen in Berufen geändert. Neue Berufe und Berufsbilder sind entstanden und andere Berufe existieren nicht länger. Daher wird

Fortsetzung auf Seite 4 ...

**campus
grün**
- Das Bündnis
grün-alternativer Hochschulgruppen

Termine 2010:

Bologna-Seminar (28.-30.Mai, Leipzig)

Nur wenn Studierende besser aufgeklärt werden, welches wirkliche Ziel der Bologna-Prozess verfolgt, können sie als Multiplikatoren an Hochschulen wirken und sich in Gremien sicher gegenüber ihren ProfessorInnen besser behaupten.

Sommerakademie (18.-22.August, Wissen)

Schloss Schönstein

Unsere erste Sommerakademie im August 2009 war für uns ein großer Erfolg, weil es uns gelungen ist, bei bester Urlaubsstimmung fünf konstruktive und produktive Tage zu verbringen. Das werden wir jetzt wiederholen und legen unsere zweite Sommerakademie mit Seminaren zu unterschiedlichsten Themengebieten auf.

mehr Infos unter www.campusgrün.de

... FORTSETZUNG VON SEITE 1

DATENSCHUTZ IN KONSTANZ

von Nicolai Growe

Die Hochschulgruppen haben es geschafft: Nach der Übergabe eines offenen Briefes und einem offenen Gespräch mit dem Rektor ist die geplante Hochschulgruppenrichtlinie so gut wie vom Tisch. Jetzt muss der AStA nur noch die Details aushandeln.

Die Universitätsleitung hatte im Herbst eine Richtlinie erlassen, nach der alle Gruppen eine Satzung und jedes Jahr eine Liste von mindestens zehn Mitgliedern, inklusive Matrikelnummer, bei der Verwaltung einreichen müssen. Ansonsten drohte der Verlust aller Privilegien, wie zum Beispiel Stände im Foyer, Subdomains oder Räume für Abendveranstaltungen.

15 Hochschulgruppen entschieden sich auf Initiative der Grünen Hochschulgruppe zu einem Boykott dieser in Deutschland einzigartigen Richtlinie und forderten mit einem offenen Brief den neuen Rektor auf sie zurückzunehmen. Die Studierenden können den Nutzen der Registrierung nicht nachvollziehen, befürchten aber dafür massive Nachteile:

Kleineren Gruppen kann es schwer fallen, jedes Jahr 10 Mitglieder zu benennen, Neugründungen und spontane Initiativen werden fast unmöglich. Die Mitglieder einiger Gruppen, zum Beispiel des Gay-Cafés, möchten nicht alle als solche bei der Uni-Leitung registriert werden. Die datenschutzrechtliche Lage ist nicht ausreichend geklärt, gerade weil die Universität Konstanz keine/n Datenschutzbeauftragte/n hat. Außerdem fällt die Betreuung der Hochschulgruppen nach §8 der Grundordnung der Universität in Verbindung mit dem Lan-

deshochschulgesetz in die Zuständigkeit des AStA. Schließlich widerspricht die Registrierung dem Selbstverständnis der Gruppen als unabhängig von der Universitätsverwaltung.

Bei der Übergabe am 22. Januar zeigte sich der Rektor überrascht ob der Entrüstung und signalisierte Gesprächsbereitschaft. Er kündigte an, die Richtlinie vom Justizariat gemeinsam mit dem AStA neu fassen lassen zu wollen. Dabei konnte er sich durchaus für das Modell der Hochschulgruppen erwärmen, nach dem der AStA in eigener Verantwortung eine Liste für die Verwaltung erstellt: „Ich sehe gute Chancen, dass wir uns in allen Punkten einigen können“.

In einer ersten Tuchföhlung überließ das Justizariat die Aufstellung der Liste zwar dem AStA, bestand aber nach wie vor auf mindestens 5 Mitglieder, zwei Ansprechpartner_innen (was soll das - eine email-Adresse muss genügen!) und eine Kurzbeschreibung der Ziele. Wir können uns aber nicht vorstellen, dass die Verwaltungsjurist_innen hinter den Zusagen des Rektors zurückbleiben werden und vertrauen darauf, dass der AStA die Forderungen der Hochschulgruppen durchsetzen wird. Ansonsten müssen die Gruppen wohl ein weiteres Mal beim Rektor vorsprechen.

Die beteiligten Gruppen: Arbeitskreis kritischer JuristInnen, Amnesty International, die Linke, SDS, Gay-Café, Grüne Hochschulgruppe, Hand in Hand, Junge Europäische Föderalisten, Juso-HSG, KUK, Liberale Hochschulgruppe, RCDS, Studentenmission Deutschland, Studieren ohne Grenzen e.V., Terre des Femmes, UNICEF-Hochschulgruppe

BESSER EINE SPÄTE ERLEUCHTUNG ALS GAR KEINE CAMPUSGRÜN IM INTERVIEW MIT CEM ÖZDEMİR ÜBER BOLOGNA



von Jacqueline Klimesch

Cem, eine Frage bezüglich der Politik unserer Bildungsministerin und deren Studie zum Bachelorstudium vom Februar 2010: Wie schätzt du die Situation an deutschen Hochschulen ein?

Es ist offensichtlich, dass wir an den Hochschulen zahlreiche Baustellen haben, worauf ja auch die Studierenden mit ihren Protesten zu Recht hinweisen. Es geht übrigens nicht darum, dass der Bologna-Prozess als solches ein Problem ist. Das Problem ist vielmehr die schlechte Umsetzung. Und deshalb brauchen wir auch dringend eine Reform der Reform. Die Lage an unseren Hochschulen wäre aber verkürzt dargestellt, wenn wir sie ausschließlich unter dem Stichwort „Bologna“ zusammenfassen.

Wie sollte denn deiner Meinung nach eine solche Reform der Reform aussehen?

Ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum ist nach wie vor ein wichtiges und richtiges Ziel. Aber das erreicht man nicht, wenn man einfach nur auf das Bachelor- und Mastersystem umstellt. Strukturformen sind wichtig, aber die können nur wirken, wenn zugleich auch die Qualität verbessert wird – und die kommt viel zu kurz. Die Studierenden müssen besser betreut werden, woanders erworbene Studienleistungen müssen auch anerkannt werden und ein Auslandsstudium darf nicht an einem verschuldeten und verdichteten Bachelor scheitern, der den Studierenden kaum Freiraum für individuelle Schwerpunktsetzungen lässt. Ein Studium muss auch Freude machen, das ist aber kaum möglich, wenn ich von Schein zu Schein gehetzt werde, ohne auch mal in die Tiefe gehen oder abschweifen zu können. Deshalb muss es auch möglich sein, einen Bachelor in sieben oder acht Semester zu erwerben.

Die Universitäten und die Regierung schieben sich ja gegenseitig die Schuld für die mangelnde Umsetzung der Bologna-Reform in die Schuhe. Wie würdest du konkret an eine Verbesserung der momentanen Situation herangehen?

Ich habe den Eindruck, dass

die Verantwortlichen begriffen haben, dass sie die Studierenden stärker einbeziehen müssen. Das ist ein erster wichtiger Schritt, da entsteht ein gesunder Druck. Was ich zügig und konkret ändern würde: Die Regierung sollte sich das elitäre, unausgegorene und bürokratische Nationale Stipendienprogramm sparen und das Geld in eine Erhöhung des Bafög investieren. Wenn von 100 Akademikerkindern 83 studieren, aber nur 23 von 100 Arbeiterkindern, dann ist das ein Alarmsignal. Und die Studienfinanzierung spielt hierbei eine wichtige Rolle, ebenso wie Studiengebühren, die wir ablehnen. Was auch ganz schnell auf die Tagesordnung gehört: Die Abschaffung des widersinnigen Kooperationsverbots von Bund und Ländern in der Bildung. Das sieht ja inzwischen selbst die Bildungsministerin so. Besser eine späte Erleuchtung als gar keine. Dann müssen aber auch Taten folgen. Aber grundsätzlich gilt: Wir brauchen mehr Studienplätze und bessere Lehr- und Lernbedingungen – und das kostet Geld. Es führt kein Weg daran vorbei, dass Bund und Länder für eine echte Qualitätsreform stärker als bisher in unser unterfinanziertes Bildungssystem investieren müssen. Es ist eine Frage der Priorität.

Habt ihr denn schon ein konkretes Konzept? Und werdet ihr dazu auch einen Antrag in den Bundestag einbringen?

Die Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Bildungsausgaben im Haushalt erhöht werden. Daneben hat sie unter Federführung von Kai Gehring, unserem hochschulpolitischen Sprecher, aktuell verschiedene hochschulpolitische Anträge

in den Bundestag eingebracht. Einmal einen Antrag zur Verbesserung der Bologna-Reform, der mit konkreten Punkten dazu auffordert, die soziale Dimension von Bologna zu stärken und die Studierbarkeit der Studiengänge zu verbessern. Da geht es etwa darum, dass es auch möglich sein muss, einen Bachelor in sieben oder acht Semester zu erwerben. Ein anderer Antrag fordert eine bessere und gerechtere staatliche Studienfinanzierung. Ich habe schon erwähnt, dass wir die Mittel für das Nationale Stipendienprogramm besser in eine Erhöhung des Bafög investieren sollten. Mittelfristig müssen wir die Studienfinanzierung aber auf neue Beine stellen und hier schlagen wir zwei Säulen vor: einen elternunabhängigen Sockel und einen Bedarfszuschuss als starker sozialer Komponente.

Vielen Dank für das Interview.

Cem Özdemir ist Bundesvorsitzender der Grünen. 1994 wurde Özdemir als erster Abgeordneter türkischer Herkunft in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er zwei Legislaturperioden lang bis 2002 angehörte. Von 2004 bis 2009 war er Abgeordneter des Europäischen Parlaments. 1996 erhielt er die Theodor-Heuss-Medaille und den Civis Media-Preis für seine Integrationspolitik und seinen Einsatz für ein vorurteilsfreies Zusammenleben von Deutschen und Migrant_innen. 2009 verlieh ihm die türkische Universität Tunceli die Ehrendoktorwürde für sein Engagement für eine Verständigung der Kulturen.

LEITBILD EINER NACHHALTIGEN UND KLIMAGERECHTEN HOCHSCHULE

von Jennifer Jaros

Nachhaltigkeit - das ist das neue Modewort des 21. Jahrhunderts. Dabei wissen eigentlich die wenigsten, wie genau der Begriff inhaltlich gefüllt ist und wie er sich abgrenzen lässt. Diese „Unwissenheit“ resultiert aus der begrifflichen Unschärfe der Nachhaltigkeitsdiskussion. Nachhaltigkeit ist ursprünglich ein Fachbegriff aus der Land- und Forstwirtschaft und wird von den meisten Umweltlexika auch heute noch in dieser Bedeutung aufgeführt. Auf den Bereich des Umweltschutzes wurde Nachhaltigkeit 1986 von der Brundtland-Kommission im sog. Brundtland-Report übertra-

gen, der die Grundlage für die Ausarbeitung der lokalen Agenden 21 war. Die deutsche Übersetzung des Brundtland-Reports beschreibt nachhaltige Entwicklung (sustainable development) als „eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

Die Begriffe Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung werden heute weitestgehend synonym und leider vollkommen unsystematisch benutzt. Nachhaltig kann heute alles sein: die Wirtschaft, die sozialen Sicherungssysteme, Bildung, Alltag. Jede/r benutzt den Begriff so, wie

es für ihr/sein jeweiliges Anliegen passt. Dies hat dazu geführt, dass der Begriff sich zu einem sog. „Container-Begriff“ entwickelt hat, d.h. jede/r packt die passenden Inhalte hinein, meist ohne eine eigene Definition voranzuschicken.

Einen Einblick in diese Thematik bot der Herbstkongress von Campusgrün, der im Oktober 2009 in Karlsruhe stattfand. Dass Campusgrün mit Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit Themen aufgegriffen hat, die derzeit nicht nur in der Öffentlichkeit und bei anderen Verbänden auf großes Interesse stoßen, zeigte sich an der großen Resonanz unserer Hochschulgruppen, aus denen über 40 Einzelpersonen in Karlsruhe an den Workshops und Vorträgen teilnahmen. Als Referent/innen eingeladen waren Expert/innen aus unterschiedlichen Zusammenhängen, z.B. von der HIS GmbH, sowie engagierte Studierende der Netzwerke Klimagerechte Hochschule und Greening the university. So wurden die Aspekte einer nachhaltigen und klimafreundlichen Hochschule aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.

Nach zwei Tagen intensiver Beschäftigung mit dem Thema wurde in einem abschließenden Workshop diskutiert, welche Punkte für ein Leitbild einer nachhaltigen und klimagerechten Hochschule aus unserer Sicht wichtig sind, z.B. Nachhaltigkeit in Bezug auf Energieeffizienz und Recycling, Nachhaltigkeit in Bezug auf ökologische Produkte auf dem Campus, Nachhaltigkeits-

in Bezug auf die Finanzierung des Hochschulsystems und die Strukturierung der Studiengänge bis hin zu Nachhaltigkeit auf der Systemebene im Sinne des Konzepts ‚Corporate Social Responsibility‘. Dass diese Liste unvollständig ist, macht deutlich, dass es zu einem Leitbild mehr bedarf als eines Workshops. Offen blieb auch die Frage, was grüne Hochschulgruppen unter dem Begriff ‚Nachhaltigkeit‘ verstehen. Deshalb wird es anknüpfend an die Ergebnisse des Herbstkongresses auf der Sommerakademie im August einen weiteren Workshop geben, der die Leitbild-Diskussion weiter vorantreiben soll.

Auch andere Verbände setzen 2010 ihre Diskussion um Leitbilder für die Hochschulen fort. Die Hans-Böckler-Stiftung arbeitet seit August 2008 zusammen mit der DGB-Jugend und ihren Mitgliederorganisationen in einer Projektgruppe an einem Leitbild einer demokratischen und sozialen Hochschule. Und auch von wissenschaftstheoretischer Seite wurde 2009 von Uwe Schneidewind, einem Betriebswirtschaftsprofessor an der Universität Oldenburg, die Vision einer nachhaltigen Wissenschaft veröffentlicht. Campusgrün steht mit dem Entwurf eines „grünen“ hochschulpolitischen Leitbildes also mitten in einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs und sollte sich die Chance nicht entgehen lassen, sich konstruktiv an der Nachhaltigkeits-Diskussion zu beteiligen und den Begriff selbst mit Inhalt zu füllen.



CAMPUSTOUR

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Wissen, was wirkt

Die Campustour der Heinrich-Böll-Stiftung

- Wissenschaftssalons, Workshops und Seminare von Rostock bis Freiburg
- Debatten über Hochschule und Gesellschaft
- frische Ideen und neue Leitbilder für Lehre und Forschung
- ein Forum für Studierende und Lehrende, die sich einmischen wollen

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Telefon 030.285.34-254, campustour@boell.de

www.boell.de/campustour

BILDUNGSSTREIK VS. BILDUNGSPROTESTE

STUDIERENDE UND SCHÜLER_INNEN GEHEN SEIT DREI SEMESTERN GEMEINSAM GEGEN DIE DERZEITIGE BILDUNGSPOLITIK VOR

von Patrick Luzina

Studierende und Schüler_innen gehen seit drei Semestern gemeinsam gegen die derzeitige Bildungspolitik vor.

Am Anfang waren es die Schüler_innen, die den Studierenden halfen, ihr Feuer erneut zu entfachen und sich aus ihrer Lethargie zu befreien. Die Studierenden erwarteten sehr schnell und innerhalb eines Semesters wurden gemeinsam innerhalb des Bildungsstreik-Bündnisses die ersten Forderungen erarbeitet. Dezentrale Demonstrationen und Aktionen gegen die Misere der vorherrschenden Bildungspolitik wurden organisiert und immer mehr Leute trugen ihren Protest auf die Straße und in die Gesellschaft hinein.

Ist der Bildungsstreik ein Streik? Eher weniger. Der Ausdruck „Streik“ verleiht mehr Kraft und suggeriert Entschlossenheit. Der größte Teil der Protestierenden verweigert nicht die Bildung, sondern kritisiert die Zustände

und Umsetzungen gerade im Kontext des Bolognaprozesses. Der Begriff „Bildungsproteste“ ist eher als Ausdruck und Umschreibung dessen geeignet, was geschah.

Nach eineinhalb Jahren dauern die Proteste noch immer an. Versucht man, die Proteste in Wellen zu charakterisieren und ihnen so mehr Dynamik zuzusprechen, zeigt sich, dass jedes der drei Semester eigenständig gesehen werden kann. Jedoch sollte des Zusammenhang dieser Semester nicht aus den Augen verloren werden.

Spätestens seit dem Sommersemester 2009 entwickelten sich die Bildungsproteste der Studierenden in eine separate Richtung. Im Wintersemester 2009/2010 folgten Besetzungen an über 50 Hochschulen, marginal hingegen waren die Besetzungen an den Schulen.

Unter Druck geratene Hochschulleitungen kommunizierten „endlich“ mit Studierenden gemeinsam an runden Tischen und suchten nach Lösungen. Aber

Vorsicht! Nicht alle Versprechungen von mehr Demokratie werden ohne weiteren Druck seitens der Studierenden eingehalten werden.

Ein weiterer Erfolg der Bildungsproteste ist die öffentliche Debatte. Noch nie zuvor wurde das Thema Bildung so hitzig und eifrig diskutiert wie in jüngster Zeit, sodass Politiker_innen hierauf reagieren mussten.

Ein Frage ist dabei im Bündnis der Protestierenden entstanden: Welche Lösungen werden mit welchen Strategien in einem nicht homogenen, pluralistischen Bündnis verfolgt? Erkennbar ist jedoch eine Gemeinsamkeit aller Aktivist_innen: Die Ablehnung einer von neoliberaler Hegemonie geprägten Bildungspolitik. Der Widerstand gegen Privatisierung und Kommerzialisierung des Bildungs- und Hochschulsektors ist der gemeinsame Zusammenhalt und zugleich Antrieb der Protestierenden. Eine Reform an den Hochschulen reicht jedoch nicht aus. Auch eine Reform an den Schulen ist dringend nötig. Eine



Zusammenarbeit mit den Schüler_innen ist daher notwendig für eine grundlegende Reform des Bildungssystems.

Die Bildungsproteste haben gezeigt: Gemeinsam können wir etwas bewirken. Und der Veränderungsprozess hat gerade erst begonnen. Organisationen, Verbände und auch Studierende entwerfen Leitbilder für unsere Hochschulen.

Welches dieser Leitbilder wird das Richtige für uns oder - nachhaltig gesagt - für künftige Studierende sein? Wird es eine

unternehmerische Hochschule mit Managementmentalität, eine Hochschule unter autoritärer Leitung, die ihre eigenen Interessen ohne Rücksicht auf die anderen Hochschulmitglieder durchsetzt? Werden Studiengebühren toleriert oder gar befürwortet? Oder werden wir soziale Hochschulen haben, ohne Zugangsbarrieren, offen für alle Menschen unabhängig ihres gesellschaftlichen oder persönlichen Hintergrunds? Wann werden ausländische Studierende mit Bildungsinländer_innen in Bezug auf BAFÖG

gleichgesetzt? Was müssen wir tun, um auch strukturell schwächere gesellschaftliche Gruppen mitzunehmen? Wie können wir weiter verdeutlichen, dass Bildung ein Menschenrecht ist und auch bleiben muss - dass Bildung keine ver- und kaufbare Ware ist?

Ihr entscheidet passiv oder besser aktiv mit, in welche Richtung sich unser Bildungssystem entwickeln wird. In diesem Sinne: Bildung ist ein Menschenrecht! Setzt es durch!

ÖKOSTROM

EINE INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

von Julian Maguhn

Der Klimawandel, die Zukunft der Energieversorgung und der Atomausstieg sind alles große, weitreichende Themen unserer Zeit, die aktuell in langwierigen Prozessen auf höchster politischer Ebene diskutiert werden. Und das oft ohne der enormen Bedeutung und Dringlichkeit durch rasche, konkrete Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Dabei kann jeder Mensch, der privat Energie nutzt, wirksam seinen eigenen Teil zur Lösung dieser Weltprobleme beitragen. Im Bereich der Elektrizität durch Wechsel zu einem echten Ökostromanbieter. Ohne bedeutend mehr zu zahlen, kehrt mensch damit der veralteten, risikobehafteten Atomkraftindustrie und den extrem klimaschädlichen fossilen Kraftwerken den Rücken zu und investiert in den Ausbau der einzig nachhaltigen erneuerbaren Energien.

Unterseriösen Klimaforschern ist es Konsens, dass wir bezüglich unseres Treibhausgasausstoßes unverzüglich radikal umsteuern müssen, damit eine katastrophale Erderwärmung von über 2°C noch verhindert werden kann.

Die Stromerzeugung ist weltweit für ca. 20% aller Treibhausgasemissionen verantwortlich. Diese stammen in erster Linie von Großkraftwerken, die mit einem sehr geringen Effizienzgrad fossile Energieträger wie Kohle ausschließlich zur Stromgewinnung verfeuern. Diese Kraftwerke sind oft sehr alt und müssen angesichts der Dringlichkeit der globalen Erwärmung so schnell wie möglich abgeschaltet werden. Nun ist in Deutschland der Neubau von im Vergleich zu den alten zwar effizienteren, absolut aber immer noch sehr ineffizienten Kohlekraftwerke geplant. Deren Lebensdauer von über 40 Jahren würde einen nicht hinnehmbaren, enormen CO₂-Ausstoß in Beton gießen. Die immer wieder angesprochene Möglichkeit der CO₂-Abscheidung und unterirdischen Lagerung (CCS) kann in Anbetracht der unkalkulierbaren Risiken und enormen Kosten solcher Anlagen nur als unrealistische Alibi-Technologie angesehen werden.

Wer nun auf die Atomkraft als klimafreundliche Übergangslösung setzt, dem sei noch einmal auf die unlösbaren Probleme dieser Technologie hingewiesen, die einen Weiterbetrieb dieser Kraft-

werke ausschließen: Das nicht verantwortbare „Restrisiko“ eines GAUs, die Endlagerfrage, die problematische Beschaffung des fossilen Rohstoff Uran usw.

Zwangsläufig bleibt also nur noch der rasche Ausbau aller vertretbaren Möglichkeiten zur Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen übrig. Im Idealfall ein gesunder Mix aus verschiedenen dezentralen Anlagen in Kombination mit einem intelligenten Netz. Das trägt dann nicht nur dazu bei, dass wir noch an der Klimakrise vorbeisteuern können, sondern ist gleichzeitig die ersehnte nachhaltige Energieversorgung der Menschheit.

Wenn du diesen Schritt mitgehen willst, dann beziehe ab sofort reinen Ökostrom:

Die vier echten Ökostromanbieter Naturstrom, Greenpeace Energy, EWS und Lichtblick, die im Gegensatz zu den etablierten Großkonzernen RWE, Vattenfall, Eon und EnBW und deren Tochterfirmen überhaupt nichts mit Atom- und Kohlekraftwerken zu tun haben, unterscheiden sich in ihrem Strommix und ein kleines bisschen im Preis (siehe Tabellen).

Der Energiemix (mit hauptsächlichem Herkunftsland):

Naturstrom (eigene Angaben, 2008):	51% Wasser (D), 48,7% Wind (D), 0,3% Sonne (D)
Greenpeace-Energy (eigene Angaben, Prognose 2009):	78% Wasser (A), 17% EEG-Strom, 5% Wind (A)
Lichtblick (eigene Angaben, 2009):	70% Wasser (A, N), 19% EEG-Strom, 11% Frischholz (D)
EWS (eigene Angaben, 2008):	73% Wasser (N), 17,9% EEG-Strom, 9,1% Erdgas (KWK)

Bundesdurchschnitt (nach Wikipedia, 2009):	24,6% Braunkohle, 18,3% Steinkohle, 22,6% Kernkraft, 12,9% Erdgas, 6,3 % Wind, 3,2% Wasser, 4,3% Biomasse, 1,0% Fotovoltaik, 6,8% Sonstige
--	--

Der Preis (Stand Februar 2010):

Anbieter	Grundpreis pro Monat	Preis pro kWh
Naturstrom	7,95 €	19,90 ct
Greenpeace Energy	8,90 €	23,60 ct
Lichtblick	8,95 €	21,99 ct
EWS	6,90 €	22,70 ct
Zum Vergleich: Vattenfall in Berlin (verschiedene Tarife)	5,60-6,90 €	18-20 ct

Nähere Infos zu den Anbietern: www.atomausstieg-selber-machen.de; www.naturstrom.de; www.greenpeace-energy.de; www.lichtblick.de; www.ews-schoenau.de

SAME - BUT DIFFERENT?

PLÄDOYER FÜR EINE GESCHLECHTERGERECHTE HOCHSCHULE

von Katharina Günther

Könnte man einen Blick in einen fiktiven Durchschnittshörsaal an einer deutschen Universität werfen, würde man meinen: Wir haben es geschafft! Die Geschlechtergerechtigkeit ist da an unseren Hochschulen. Sogar



mehr junge Frauen als Männer beginnen ein Hochschulstudium.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Es gibt „Erfolgsmeldungen“, dass mittlerweile 17% der Lehrenden an deutschen Universitäten weiblich sind. Das ist gewiss ein erster Schritt – mehr aber auch nicht.

Doch woher kommt die Diskrepanz zwischen dem genannten Verhältnis zwischen Männern und Frauen bei den Studierenden einerseits und dem Ungleichgewicht bei den Lehrenden andererseits?

Gründe dafür mag es viele geben. Auf dem Weg zur Professur liegen jungen Akademikerinnen teilweise Steine im Weg, mit denen ihre männlichen Kommilitonen nicht konfrontiert sind.

Eine wissenschaftliche Karriere steht und fällt mit der Zahl erfolgreicher Publikationen. Eine Pause in der wissenschaftlichen Tätigkeit, zum Beispiel durch die Geburt eines Kindes, ist nicht vorgesehen. Dies führt dazu, dass

modernen Vätern werden und Kinder nicht das Ende der beruflichen Karriere junger Frauen bedeuten, was zur Folge hat, dass in den weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs nicht dieselbe Zeit und Energie gesteckt wird wie in ihre männlichen Pendants.

Die meisten Berufungskommissionen, die über die Vergabe der Professuren entscheiden, bestehen fast ausschließlich aus Männern. Dies schafft,

bewusst oder unbewusst, eine sich selbst erhaltende Männerwirtschaft im wissenschaftlichen Betrieb, die von den einzelnen Frauen, die es bis dahin geschafft haben, zu selten durchbrochen werden kann.

Ein weiteres Problem stellt die Unterrepräsentation von Studentinnen in manchen Studienfächern dar. Gerade Studentinnen in naturwissenschaftlichen Studi-

WissenschaftlerInnen haben früh das Gefühl, sich zwischen Kind und Karriere entscheiden zu müssen

engängen berichten noch immer von antiquierten Frauenbildern und überholten Rollenklischees der fast ausschließlich männlichen Lehrenden (und mancher Kommilitonen), während junge Männer in weiblich dominierten Studiengängen erfreulicherweise positiv aufgenommen werden. Es sollte im 21. Jahrhundert jedoch selbstverständlich sein, dass junge Abiturient_innen die Wahl ihres Studienfaches von

ihren Begabungen und ihrer Lebensplanung und nicht von ihrem Geschlecht abhängig machen. Vorurteile und Vorbehalte aufgrund des Geschlechts haben an Hochschulen, Schulen und in Gesellschaft keine Berechtigung. Sich etwas zu trauen hat (auch) damit zu tun, was einem zuge- traut wird. Und wo keine jungen Frauen studieren, können auch keine Frauen Lehrstuhlinhaberinnen werden.

Den Lehrenden möchte man zurufen: Machen Sie sich bewusst, ob Sie implizit Geschlechtervorurteile pflegen, die sie eigentlich für antiquiert halten. Stellen Sie sich der Frage, ob der Grund dafür, dass Sie einem männlichen Studenten im Gegensatz zu seiner weiblichen Kommilitonin eine Promotion anbieten, wirklich seine fachliche Qualifikation ist. Werden Sie aktiv gegen die Geschlechterungerechtigkeit an unseren Lehrstühlen und sprechen sie gezielt begabte Studentinnen an und ermutigen Sie sie zu einer wissenschaftlichen Karriere.

Wir Studentinnen müssen auch unseren Teil dazu beitragen. Wir dürfen unser akademisches Licht nicht unter den Scheffel stellen und darauf warten, dass uns angetragen wird, eine wissenschaftliche Karriere in Erwägung zu ziehen – selbst ist die Frau! Chancen müssen von uns genutzt und geschaffen werden. Frauen stellen schon mehr als die Hälfte der Studierenden, wenn wir wollen und uns dafür einsetzen, können wir in Zukunft auch die Hälfte der Lehrstühle besetzen. Dabei sollten wir uns nicht von strukturellen Widrigkeiten und überholten Vorurteilen abhalten lassen.

Allen Beteiligten am Hochschulbetrieb muss klar sein: Wenn wir es ernst meinen mit der Geschlechtergerechtigkeit brauchen wir einen bewussten und sensiblen Umgang mit, wenn auch vielleicht unbewusst gepflegten, Vorurteilen gegenüber Wissenschaftlerinnen. Denn wenn die schlauesten Köpfe unseren Lehrstühlen vorstehen sollen, kann man die weibliche Hälfte der Schöpfung nicht ausgrenzen!

... Fortsetzung von Seite 1

Universität eine zentrale Rolle in der Gesellschaft einnehmen, die die laufenden Transformationsprozesse in der Arbeitswelt begleitet, indem das Individuum sich in der Universität eigenständig darauf vorbereitet.

Bisher sortiert Schule frühzeitig und SchülerInnen lernen, dass ihr weiterer Lebensweg zunehmend auf immer weniger Möglichkeiten beschränkt wird. Manche unter ihnen verlieren

den Antrieb ihren eigenen Weg zu finden. Doch selbstbewusste und verantwortungsvolle SchulabsolventInnen werden die Gesellschaft um ihre Kreativität und Tatendrang bereichern, wenn ihnen nicht verwehrt wird ihre Potenziale zu erschließen. Ob auf dem Gymnasium oder auf der Stadtteilschule gilt es daher Talente zu entdecken und zu fördern.

LEGO

von Randall Munroe



xkcd © Randall Munroe; Übersetzung © Peter Schlömer. Freigegeben unter der Lizenz CC-by-nc-2.5.

COPERNICUS

NACHHALTIGKEIT IN DER UNI UND IM DENKEN

von Jan-Peter Jannack

Batsch, wieder ein Schneeball an der Backe! Und das erste Mal seit 13 Jahren konnte man in diesem Winter wieder über die Alster wandern. Unser kleines Alstervergnügen! Lange hatte es in Deutschland keinen so kalten Winter gegeben. Doch das darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die globale Klimakrise in vollem Gange ist! Auch wenn man bei uns bisher keine dramatischen Konsequenzen spürt, wird sich die unbedachte Lebensweise großer Teile der Menschheit auf unsere Umwelt auswirken. Ein rasches Umdenken ist notwendig, wenn wir diese Auswirkungen in einem erträglichen Rahmen halten wollen. Es gilt, sich nachhaltig für den Schutz der Umwelt einzusetzen und den Menschen als Teil eines Ganzen zu erkennen. Es gilt, die Perspektive zu wechseln. Aber die Umweltdebatte ist nichts Neues.

Spätestens seit 1972, dem Jahr des Berichts des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums und die erste Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm ist die Umweltdebatte in den Köpfen der meisten Menschen angekommen. Der Aufstieg der Grünen Alternativen Liste / Bündnis 90 die Grünen in Deutschland kann unter anderem darauf zurückgeführt werden. Seit 1972 geistert zudem ein Begriff in den Medien: Sustainable Development. Er tauchte das erste Mal in dem Dag Hammarkjöld Bericht Was tun auf. Der Bericht thematisierte, dass die Industrienationen ökologisch verantwortungsbewusster wirtschaften müssen, damit es nicht zu einer ökologischen Katastrophe kommt. Seit dem wurde viel diskutiert, erörtert,

festgestellt und beschlossen. Zum einen, was genau gemeint sei mit dem Begriff Sustainable Development. Bis heute gibt es keine eindeutige Übersetzung des Begriffs. Die Palette reicht von Zukunftsfähigkeit bis hin zu nachhaltiger Entwicklung, die Definitionen bleiben i.d.R. aber vage. Eines haben sie aber gemein: Es geht um verantwortungsvolles Handeln gegenüber der Umwelt und zukünftigen Generationen. Wir dürfen die Augen nicht verschließen vor rücksichtslosem Verhalten, vor kurzsichtiger Planung. Die ökologische Zukunftsblindheit muss überwunden werden.

Auch die Universität Hamburg hat die COPERNICUS-Charta unterschrieben.

Sustainable Development bzw. nachhaltige Entwicklung wird seitdem in allen Bereichen der Gesellschaft thematisiert. Auch an den Universitäten ging diese Diskussion nicht spurlos vorbei. 1993 wurde von der Conference of European Rectors die COPERNICUS-Charta unterzeichnet. Es ist eine Selbstverpflichtung der Universitäten, sich nachhaltig zu entwickeln. Den Universitäten kommt dabei unter anderem die wichtige Rolle zu, Studierende für dieses Thema zu sensibilisieren und dadurch die Gesellschaft anzustoßen, umzudenken. In einem 10-Punkte Aktionsplan wurden Richtlinien für die Universitäten formuliert. Auch die Universität Hamburg hat die COPERNICUS-Charta unterschrieben. Der erste Artikel ist dabei besonders bemerkenswert:

Die Universitäten verpflichten sich in Worten und Taten den Prinzipien des Umweltschutzes und der Nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development) zu folgen.

Diesen Grundsatz hat die Universität Hamburg sogar in ihr Leitbild aufgenommen. Es ist die Aufgabe aller Universitätsmitglieder, dieser Verpflichtung nachzu-

kommen.

CampusGrün Hamburg setzt sich dafür ein, dass gehalten wird, was mit der COPERNICUS-Charta versprochen wurde: Wir streben eine ökologische, umweltbewusste Universität an und setzen uns für die Stärkung des ökologischen Bewusstseins der Universitätsmitglieder ein.

Konkret geht es uns um die regelmäßige Wartung von Gebäuden, besonders sollte auf die Wärmeschutzdämmung, Toilettenspülungen und Wasserhähne geachtet werden. Diese zunächst einfach klingenden Dinge sind nicht nur umweltfreundlich, sie bergen auch ein enormes Einsparungspotenzial. Genauso kann umweltfreundlich am Papier gespart werden: Die Universität Hamburg hat sich zwar verpflichtet, in Druckern Recyclingpapier zu verwenden, doch wird dies meist nicht umgesetzt; das ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch ein Fehler. Wir wollen mehr Bioessen in den Mensen und dass fair gehandelte Waren verwendet und angeboten werden.

Das größte Anliegen ist allerdings die Stromversorgung der Universität. Eine nachhaltige Strategie erfordert, dass die Universität Strom aus 100% regenerativen Energieträgern bezieht. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Universität zu einem Energieversorger wechselt, welcher allein diesem Kriterium gerecht wird.

Vielleicht ist die Erkenntnis, dass unsere Gesellschaft nachhaltig leben muss, damit wir uns nicht zu Tode wirtschaften, ebenso wichtig, wie einst die Entdeckung Kopernikus'; der feststellte, dass wir nicht der Mittelpunkt des Universums sind. Durch die COPERNICUS-Charta hat sich die Universität verpflichtet nachhaltig zu handeln und umzudenken - es ist unsere Aufgabe, die Universität an diese Pflicht zu erinnern und sie selbst wahrzunehmen.

EVALUATION DES HOCHSCHULGESETZES - WAS BISHER GESCHAH

von Martin Burmester

Unter dem Wissenschaftssenator Jörg Dräger (parteilos) hat der Senat eine Kommission unter Leitung des Altbürgermeisters Klaus von Dohnanyi (SPD) beauftragt, Empfehlungen für eine Strukturreform der Hamburger Hochschulen zu erarbeiten. Ergebnis davon war das „Hochschulmodernisierungsgesetz“ (2003), welches die Organisationsstrukturen der Hamburger Hochschulen grundlegend umkrempelte. Die 18 Fachbereiche der Universität wurden zu sechs Fakultäten zusammengefasst. Unterhalb der Fakultätsebene dürfen seitdem „... keine nach Gruppen zusammengesetzten Selbstverwaltungsgremien gewählt [werden].“ (§ 92 HmbHG). Konkret bedeutet das, dass StudierendenvertreterInnen zwar im Fakultätsrat sitzen, es darunter (also in den Fächern) kein Mitspracherecht der Studierenden existiert. Das hat zur Folge, dass in einigen Fächern Studierende gar nicht mehr an der Gestaltung und Weiterentwicklung ihrer Studiengänge beteiligt wurden. Im Fakultätsrat werden Studiengänge oftmals von der Professorenmehrheit bloß durchgewinkt, da man dort weder die Zeit noch die Fachkompetenz hatte, sich z.B. mit Einwänden von studentischer Sei-

te gegen die Gestaltung einzelner Module zu beschäftigen.

Auch auf der zentralen Ebene änderte sich einiges. Der nach Statusgruppen gewählte Akademischer Senat wurde entmachtet und ein zum Teil mit externen Vertretern aus der Wirtschaft besetzte Hochschulrat eingerichtet. Entscheidungen über die strategische Ausrichtung der Hochschule und auch die Wahl der Präsidentin fielen ab diesem Zeitpunkt an dem Hochschulrat zu. So kam es, dass im Jahr 2006 die Stuttgarter Raketenforscherin Monika Auweter-Kurtz Universitätspräsidentin wurde. War es bis dahin ganz normal gewesen, dass sich BewerberInnen um dieses Amt vor der Wahl im Audimax einer breiten Öffentlichkeitsveranstaltung vorstellten und ihr Programm diskutierten, fand die Wahl von Auweter-Kurtz durch den Hochschulrat im Verborgenen statt. Der Akademische Senat durfte nur noch abnicken. Die Gewählte blieb letztlich ein Fremdkörper in der Universität Hamburg und das lag weniger an ihrem schwäbischen Akzent als an der Tatsache, dass sie die Universität von oben umzustrukturieren suchte. Besonders deutlich wurde dies an der Frage des Uni Standortes. Nachdem Wissenschaftssenatorin Herlind Gundelach (CDU) die Entwicklungsstudie der Behörde im April 2009 vor universitären

GremienvertreterInnen vorstellte, gab es dazu von diesen fast ausschließlich kritische Fragen und Anmerkungen, doch Auweter-Kurtz verkündete eine halbe Stunde später auf einer Pressekonferenz die Universität sei für einen Umzug auf den kleinen Grasbrook.

Nachdem sich das Präsidium im Frühsommer 2009 weigerte den vom Fakultätsrat der Fakultät für Geisteswissenschaften zum Dekan gewählten Hans-Martin Gutmann einzusetzen, trat die professorale Gruppe „Eule der Minerva“ aus Protest gegen den Führungsstil von Auweter-Kurtz geschlossen aus dem Akademischen Senat zurück. Danach wurde aus allen Teilen der Universität der Protest an Auweter-Kurtz immer lauter. Viel Kritik wurde nur unter der Hand geäußert, denn ein rechtliches Verfahren für die Universitätsmitglieder die Präsidentin zur Kooperation zu zwingen oder anderenfalls abzusetzen gab es nicht. Der Hochschulrat verstand die Probleme der Universität und die „überraschende“ Krise nicht und weigerte sich einzuschreiten. Letztlich musste das Problem dadurch gelöst werden, dass die Senatorin die Präsidentin öffentlich zum Rückzug aufforderte, wozu sich diese - nach ein wenig Poker um eine Abfindung in ungenannter Höhe - dann auch gezwungen

sah.

Danach war auf politischer Ebene klar, dass es mit diesem Hochschulgesetz so nicht weitergehen konnte. Die schwarz-grüne Koalition beschloss eine bereits im Koalitionsvertrag vorgesehene Evaluation der im Hochschulgesetz festgelegten Strukturen vorzuziehen und eine Expertenkommission einzusetzen. Wie nötig das ist, zeigte sich bei der Wahl von Dieter Lenzen zum Nachfolger von Auweter-Kurtz Ende 2009. Denn der Hochschulrat hatte aus dem Auweter-Kurtz Desaster offenbar nichts gelernt. Der Hochschulrat wählte wieder hinter verschlossenen Türen. Albrecht Wagner, der Vorsitzende des Hochschulrates, warb vor dem voll besetzten Audimax um Verständnis dafür, dass es keine öffentliche Vorstellung der BewerberInnen gebe; dieses werde eben heutzutage nicht gemacht.

CampusGrün hat im Rahmen des Evaluationsverfahrens Stellung bezogen und eine eigene Stellungnahme an die Evaluationskommission geschickt. Kernpunkte für uns sind demokratische Strukturen auch unterhalb der Fakultätsebene - und damit studentische Beteiligung, eine Abschaffung des Hochschulrates in der jetzigen Form und ein transparentes und öffentliches Verfahren der PräsidentInnenwahl.

CAMPUSGRÜN HAMBURG

CampusGrün ist eine offene und buntgemischte Gruppe, die für einen Kreis von Grundwerten steht und nicht für eine festgefahrene Ideologie. Wir haben den Anspruch uns kritisch und konstruktiv für die Interessen der Studierenden aller Fachbereiche einzusetzen.

Uns gibt es seit Frühjahr 2007. Seit dem Sommersemester 2008 sind wir im Studierendenparlament vertreten und seit dem Sommersemester 2009 auch im Akademischen Senat.

Dort arbeiten wir konstruktiv um unsere Themenschwerpunkte Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit voranzubringen. Wir verstehen uns als parteiunabhängig, stehen aber in Kontakt mit der GAL und der Grünen Jugend. Wir bringen uns dort in

Diskussionen zu hochschulpolitischen Themen ein und vertreten ihnen gegenüber studentische Positionen, wie zum Beispiel unsere Ablehnung jeglicher Form von Studiengebühren.

Des Weiteren bringen wir uns über das Campusgrün Bündnis auf Bundesebene auch in bundespolitische Diskussionen ein.

Das heißt für uns: Sich aktiv für Verbesserungen einzusetzen und Probleme gemeinsam zu lösen! Das bedeutet nicht nur über Probleme zu reden, sondern sich aktiv für kleine und große Veränderungen an der Universität einzusetzen, dabei auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben und trotzdem die Ideale nicht aus den Augen zu verlieren!

Hast du Lust die Uni aktiv mitzugestalten? Dann mach mit! Neue Gesichter und neue Ideen sind immer herzlich willkommen. Du musst auch nicht Mitglied einer Partei werden um bei uns mitzumachen. Schreib uns einfach eine E-Mail an kontakt@campusgruen.org.



CAMPUSGRÜN - DAS BÜNDNIS

Campusgrün ist der Dachverband der grünen und grün-nahen Gruppen an den Hochschulen in Deutschland mit zur Zeit ca. 50 Mitgliedsgruppen. Der Grünen Partei steht das Bündnis inhaltlich nahe, ist jedoch strukturell unabhängig. Die Mitgliedsgruppen

eigene Hochschule hinaus mehr Gewicht verleiht.

Regelmäßig veranstaltet Campusgrün Seminare zu verschiedenen hochschulpolitischen Themen, die auch die Möglichkeit bieten sich mit Aktiven von anderen Hochschulen auszutauschen.

Inhaltlich besteht die Arbeit aus einer Mischung von ökologischen und hochschulpolitischen Themen wie dem Kampf gegen Studiengebühren, BAföG und Bildungsfinanzierung. Hier engagiert sich Campusgrün in lokalen und bundesweiten Projekten, bei denen oft auch mit unterschiedlichen anderen Studierendenverbänden, wie dem fzs oder den Jusos, zusammengearbeitet wird. Des Weiteren arbeitet Campusgrün mit der Heinrich-Böll-Stiftung zusammen und steht in reger Debatte mit der Grünen Partei.

Zentrales Organ von Campusgrün sind die Mitgliederversammlungen, die zweimal jährlich stattfinden. Dort wird der Bundes-

vorstand gewählt und es werden Positionen, Stellungnahmen, Projekte und vieles mehr vorbereitet, erarbeitet oder abgestimmt.

Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich und setzt sich aus zwei SprecherInnen, einer/m SchatzmeisterIn und sechs BeisitzerInnen zusammen.

Impressum

Die Zeitung *Campusgrün* wird herausgegeben in Zusammenarbeit mit

Campusgrün - Das Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

www.campusgruen.de
info@campusgruen.de

Layout und V.i.S.d.P.:
Jacqueline Klimesch

Organisation:
Alexander Mein

Druck: Caro-Druck, Frankfurt am Main

Wir danken allen
Autorinnen und Autoren!